

Fraktion **direkt**

24 | 07. November 2014

Zur Lage

Japan ist auch ein Land der Chancen

Partner in internationalen Fragen

Deutschland ist ein Land, das stark vom Export lebt. Gerade Asien ist für unsere Wirtschaft nach wie vor der Markt der Zukunft. Und dort natürlich insbesondere China – auch wenn die Wachstumsdynamik in dem Schwellenland etwas nachlässt.

In den vergangenen Jahren habe ich mich – gemeinsam mit vielen Kollegen – immer wieder in China und anderen asiatischen Ländern umgesehen. Wir wollten vor Ort erfahren, wie sich die Region, von der wir uns in Deutschland so viel versprechen, weiterentwickeln könnte. Dabei kamen wir zu der Meinung, dass man sein Augenmerk nicht nur auf die Tigerstaaten Südkorea, Taiwan oder Singapur richten sollte. Nach unserer Auffassung darf Japan nicht außer Acht gelassen werden.

In der vergangenen Woche habe ich nun erneut Japan besucht. Deutschland teilt mit diesem Land viele Probleme: Beide sind klassische Industrieländer, in denen die Bevölkerung schrumpft. Japan muss wie Deutschland darauf achten, seinen hervorragenden Platz unter den führenden Wirtschaftsnationen zu behalten. Der Reaktorunfall von Fukushima hat sowohl in Japan als auch bei uns eine Energiewende in Gang gesetzt – mit allen Risiken und Chancen.

„Es tut sich etwas in Japan“

Japan ist aber – ebenso wie China – für Deutschland vor allem ein Land der Chancen. Man darf nicht vergessen: In der Rangliste der Handelspartner der Bundesrepublik liegt Japan vom Umsatz her betrachtet auf Platz 15 – und damit vor der Türkei oder Brasilien.

Wir haben in Tokio mit Vertretern einiger deutscher Firmen gesprochen, die schon lange in Japan tätig sind. Sie sind zufrieden mit ihren Geschäften. Natürlich brauche es lange, ehe man sich in Japan etabliert habe, wurde uns berichtet. Gelingen dies, dann seien die Japaner aber verlässliche Geschäftspartner. Der japanische Markt ist außerdem mit 120 Millionen Menschen überaus lukrativ.



Foto: Laurence Chaperon

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Es könnte sich für die deutsche Wirtschaft, insbesondere den Mittelstand, also auch einmal lohnen, sich in Japan umzuschauen. Leider lässt der Abschluss des Freihandelsabkommens mit der Europäischen Union wohl noch etwas auf sich warten. Aber wenn es erst einmal geschlossen sein sollte, werden diejenigen im Vorteil sein, die schon in Japan vertreten sind.

Politisch gesehen ist Japan ohnehin ein enger Partner Deutschlands und Europas. In der Beurteilung der Krisen im Nahen und Mittleren Osten sowie der Ukraine stellten wir nahtlose Übereinstimmung fest. Gute Freunde gibt es auch in weiter Ferne.

Volker Kauder

Inhalt

Japan ist auch ein Land der Chancen	1
Das Größte, was uns zuteilwerden konnte	2
Die europäischen Finanzmärkte krisenfest machen	3
„Es geht um Fairness und Gerechtigkeit“	4
„Wahlen in den Ostgebieten waren eine Farce“	5
Organisierte Sterbehilfe verbieten	6
Kampf gegen IS braucht „arabisches Gesicht“	7
Beziehungen mit Japan intensivieren	8
Letzte Seite	9

Kommentar

Das Größte, was uns zuteilwerden konnte

Freiheit muss erkämpft werden



Foto: Henning Schucht

Gerda Hasselfeldt

Erste Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Pathos ist eigentlich meine Sache nicht. Wenn ich allerdings an den November 1989 denke, können die Worte nicht groß genug sein. Das, was am Abend des 9. November 1989 geschehen ist und in die Wiedervereinigung mündete, kann man getrost als das größte Glück bezeichnen, das uns in unserer Geschichte in Deutschland zuteilwerden konnte. Das Glücksgefühl dieser Nacht und der folgenden Tage trägt und treibt mich noch heute. Es erfüllt mich mit tiefer Dankbarkeit, dass das deutsche Volk seit nun 25 Jahren vereint in Freiheit und Selbstbestimmung zusammenleben kann.

Die Bilder des Sieges der Freiheit über Bevormundung, Überwachung, Drangsalierung, Gängelung und Willkür haben sich in mein Gedächtnis gebrannt: Menschen mit Sektflaschen in der Hand tanzen auf der Mauer, die die DDR-Führung als „antifaschistischen Schutzwall“ einst errichtet hatte. Was für ein Bild!

Vorausgegangen waren dem 9. November Wochen, in denen sich der Drang nach Freiheit immer stärker Bahn gebrochen hatte. Montagsdemonstrationen, Ausreisewelle, „paneuropäisches Picknick“ im ungarischen Sopron, Flucht in die deutsche Botschaft in Prag. Der friedliche Druck

auf die Führung der DDR war so groß geworden, dass das Politbüro am Ende irritiert und eher beiläufig die Reisefreiheit verkündete. Kein Stacheldraht, kein Schlagbaum, keine Mauer hielt der Wucht des Freiheitsstrebens der Menschen stand.

Ich bin noch heute tief beeindruckt, wenn ich an diese Tage zurückdenke. Eine solche Mischung aus Überraschung, Erleichterung und Dankbarkeit wie an diesem Abend habe ich seitdem nie wieder in meinem politischen

Leben erlebt. Uns Westdeutschen ist in diesen Stunden wohl zum ersten Mal wirklich klar geworden, welche Kraft die Sehnsucht vieler nach Freiheit entfalten kann. Sehnsucht nach Freiheit und Selbstbestimmung vermag es wahrhaftig, Furcht und Angst zu überwinden. Es lohnt sich, für diese Freiheit einzustehen.

Ich bin dankbar, dass ich ein kleiner Teil dieser Geschichte sein konnte. Ich bin stolz, dass es uns gelungen ist, den Auftrag aus der Nacht des 9. November, ein geeintes Land zu schaffen, so erfolgreich zu erledigen. Ich bin beeindruckt von dem, was die Menschen in der damaligen DDR vor dem 9. November erkämpft und danach geleistet haben.

Umso schlimmer ist es, 25 Jahre nach dem Mauerfall zu erleben, dass die SED-Erben erstmals mit Hilfe von SPD und Grünen einen Ministerpräsidenten stellen können. Ich empfinde das als herben Schlag. Manche scheinen vergessen zu haben, welche Rolle die SED gespielt hat. Ich kann das nicht vergessen. Wir müssen uns gerade vor diesem Hintergrund immer wieder bewusst machen: Freiheit, Demokratie und Menschenrechte sind uns nicht einfach so gegeben. Sie müssen erkämpft und verteidigt werden. Das ist die Botschaft des 9. November 1989.

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Max Straubinger MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Die europäischen Finanzmärkte krisenfest machen

Bundestag verabschiedet Gesetzespaket zur Bankenunion

Die Bankenunion ist einer der Meilensteine in der europäischen Finanzgeschichte. Nachdem bereits europaweit einheitliche Eigenkapitalregeln gelten, nachdem die Europäische Zentralbank die Aufsicht über die wichtigsten Banken in der Euro-Zone übernommen hat, wird nun mit den gemeinsamen europäischen Abwicklungsregeln die Bankenunion vollendet. Sie macht die europäischen Finanzmärkte krisenfester. Der Bundestag stimmte am Donnerstag in 2./3. Lesung für das Gesetzespaket.

Steuergelder nur als letztes Mittel

Das Gesetzespaket sieht unter anderem ein geordnetes Verfahren für die Abwicklung von Banken vor, die in Schieflage geraten sind und sich aus eigener Kraft nicht mehr retten können. So wird eine klare Haftungskaskade eingeführt. Sie stellt sicher, dass in erster Linie diejenigen zur Haftung herangezogen werden, die vom Bankgeschäft profitieren – also zunächst die Eigentümer, dann die Gläubiger. Sollte das nicht ausreichen, greift der europäische Bankenabwicklungsfonds, der nach deutschem Vorbild



© Claudio Divizia - Fotolia.com

mit Mitteln der Banken gefüllt wird.

Nur als allerletztes Mittel und nur wenn die anderen Maßnahmen nicht ausreichen, können Steuergelder zum Einsatz kommen. Damit werden die Steuerzahler, die im Zuge der internationalen Finanzkrise wiederholt zur Bankenrettung herangezogen worden waren, künftig geschützt.

Bei der Bankenabgabe, die in den Abwicklungsfonds fließt, ist es gelungen, die kleinen und mittleren Banken finanziell nicht zu überfordern. Auf diese Weise wird verhindert, dass sie ihr eigentliches Geschäft, Kredite an mittelständische Unternehmen zu vergeben, vernachlässigen müssten.

Neben der Bankenabgabe und der Bankenabwicklung enthält das Gesetzespaket auch Regelungen zur Einführung des neuen Instruments der direkten Bankenrekapitalisierung aus dem europäischen Rettungsfonds ESM. Banken in Schieflage können künftig Finanzspritzen direkt aus dem ESM erhalten. Dies geht allerdings nur auf Antrag des Mitgliedstaates, in dem die Bank ihren Sitz hat, und auch nur in sehr begrenztem Umfang sowie unter weitreichenden Reformauflagen. Vorrang hat immer die indirekte Bankenrekapitalisierung über die Haftungskaskade und den Heimatstaat der Bank. Dieser ist weiterhin in der Pflicht, einen substantiellen Beitrag zur Rettung der notleidenden Bank zu leisten.

Europäische Bankenaufsicht

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat am Dienstag die Aufsicht über die 120 wichtigsten Banken in der Euro-Zone übernommen, darunter 21 deutsche Finanzinstitute. Die grenzüberschreitend tätigen Geldhäuser mit einer Bilanzsumme von mehr als 30 Milliarden Euro werden nun nach einheitlichen Kriterien überwacht. Damit soll gewährleistet werden, dass Risiken bei einzelnen Instituten oder in bestimmten Marktsegmenten frühzeitig erkannt werden.

Für die mittleren und kleineren Banken sind nach wie vor die nationalen Aufsichtsbehörden zuständig. In Deutschland ist das die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), die weiterhin rund 1.700 Banken überwacht.

Mit der einheitlichen Bankenaufsicht zieht Europa die Lehren aus der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise der Jahre 2008/09. Künftig will man so besser für Schieflagen einzelner Finanzinstitute gewappnet sein. Dem Aufbau der einheitlichen Bankenaufsicht war ein Stresstest für 130 Banken vorausgegangen, darunter 25 aus Deutschland. Damit wollte die EZB vermeiden, dass dort überraschend Altlasten zutage treten.

Innerhalb der EZB ist die Bankenaufsicht vom Kerngeschäft, die Preisstabilität im Euro-Raum zu gewährleisten, getrennt. Chefin der neuen Aufsichtsbehörde ist die Französin Danièle Nouy, ihre Stellvertreterin die ehemalige Bundesbank-Vizepräsidentin Sabine Lautenschläger. Die gemeinsame Aufsicht ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur geplanten europäischen Bankenunion. Von 2016 an greifen gemeinsame Regeln, um Krisenbanken im Notfall abzuwickeln.

„Es geht um Fairness und Gerechtigkeit“

Schäuble gibt Regierungserklärung zu Steuerflucht ab – Strafbefreiende Selbstanzeige wird erschwert

Steuerhinterziehung und Steuerflucht sollen weiter erschwert werden. Der Bundestag beriet am Donnerstag in erster Lesung ein Gesetz, mit der die Grenze, bis zu der eine Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung straffrei bleibt, von 50.000 auf 25.000 Euro gesenkt wird. Finanzminister Wolfgang Schäuble sagte in seiner Regierungserklärung vor dem Bundestag: „Es kann nicht sein, dass sich Wenige auf Kosten vieler bereichern.“ Dies gelte für Staaten wie Un-

Kampf gegen die Steuerflucht

In Berlin haben vergangenen Mittwoch 51 Staaten ein Abkommen unterzeichnet, das einen gegenseitigen Austausch von Kontodaten zum Zwecke der Steuererhebung vorsieht. Danach werden in jedem Unterzeichnerstaat ab 2016 alle Daten von Konten gesammelt, die von Ausländern bei einheimischen Banken angelegt werden. Ab September 2017 werden diese Daten automatisch und vollständig an die Steuerbehörden des Heimatlandes weitergeleitet, aus dem der Anleger stammt. Somit erfahren die Finanzämter dort genau, welche Zinsen, Dividenden oder Verkaufserlöse dieser Anleger erzielt hat. Wegen des Datenschutzes werden die Kontoinformationen verschlüsselt übermittelt.

Zu den Unterzeichnerstaaten gehören alle EU-Mitglieder. Hohen Stellenwert hat, dass Luxemburg mit von der Partie ist sowie Großbritannien mit seinen Steueroasen, den Inseln im Kronbesitz, Jersey, Guernsey und Man, sowie Übersee-territorien wie Bermuda oder die Kaiman-Inseln. Zum Informationsaustausch verpflichtet haben sich darüber hinaus Liechtenstein und Schwellenländer wie Argentinien, Indien oder Südafrika. Hingegen fehlen auf der Liste die Schweiz und die USA. Mit der Schweiz wird noch verhandelt; die USA haben selbst viele bilaterale Austauschabkommen geschlossen. Beide Länder unterstützen die Standards des Abkommens. Von den großen Schwellenländern fehlen auch Russland, China und Brasilien, die aber ebenfalls grundsätzlich mit dem Regelwerk einverstanden sind.



Foto: picture alliance / AP Photo

Finanzminister Wolfgang Schäuble im Gespräch mit Bundeskanzlerin Angela Merkel im Plenum

ternehmen, für Kleine wie Große.

Schäuble würdigte damit auch das Abkommen zur Bekämpfung der Steuerflucht, das 51 Länder in der vergangenen Woche geschlossen hatten. Der vereinbarte automatische Informationsaustausch sieht vor, dass Steuerbehörden in Deutschland und den anderen Vertragsstaaten ab 2017 Kontodaten von ausländischen Anlegern bei Banken zur Verfügung haben. So könnten Geldströme ins Ausland besser kontrolliert und Steuerflucht weiter eingedämmt werden, sagte der Finanzminister.

Problem der Steuervermeidung angehen

Wer bedenke, wie schwierig bereits die Verhandlungen zur EU-Zinsrichtlinie in den letzten 15 Jahren gewesen seien, der wisse um die Tragweite des jetzt geschlossenen Abkommens. Dennoch „bleibt noch viel zu tun“, betonte der Finanzminister mit Blick auf komplizierte Finanzkonstruktio-

nen in anderen EU-Ländern, die Konzerne geradezu dazu ermutigen, ihre Steuerpflicht in dem Land, in dem sie ansässig sind, zu umgehen. Dass grenzüberschreitend tätige Firmen immer häufiger die Steuerkonkurrenz unter Ländern ausnutzen, um weniger Steuern dort zu zahlen, wo sie ihren Gewinn erwirtschaftet haben, ist ein Thema, das die Finanzminister der EU und der OECD als nächstes angehen wollen.

Zur verschärften Regelung für die strafbefreiende Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung sagte Schäuble, dies sei eine Sache von „Fairness und Gerechtigkeit in unserem Land“. Er wies darauf hin, dass ein hoher sozialer Standard nur dann gewährleistet werden könne, wenn konstant Steuermittel an die öffentlichen Haushalte flössen. Daher dürfe sich niemand „auf Kosten der Allgemeinheit der Steuerpflicht entziehen“.

„Wahlen in den Ostgebieten waren eine Farce“

Andreas Schockenhoff über die Lage in der Ukraine und die Erwartungen an Russland



Foto: Laurence Chapeiron

Andreas Schockenhoff
Stellvertretender Vorsitzender der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Aus der Parlamentswahl in der Ukraine Ende Oktober sind die prowestlichen Parteien als Sieger hervorgegangen. Eine Woche später, am vergangenen Sonntag, waren die Menschen in den von prorussischen Separatisten besetzten Gebieten im Osten des Landes zur Wahl aufgerufen – Wahlen, die von Kiew und vom Westen nicht anerkannt werden. Über die Lage in der Ukraine sprach „Fraktion direkt“ mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Andreas Schockenhoff.

Herr Schockenhoff, der Sieger der Parlamentswahl, Ministerpräsident Arseni Jazenjuk, hat eine schnelle Regierungsbildung angekündigt. Worauf kommt es dabei an?

Schockenhoff: Wir brauchen jetzt eine starke Regierung. Die Menschen in der Ukraine, aber auch die EU, haben an sie große Erwartungen. Durch den Krieg und den Wahlkampf konnten viele wichtige Reformentscheidungen nicht getroffen oder umgesetzt werden. Im Bereich Justiz, im Sicherheitssektor sowie bei der Bekämpfung der Korruption sind enorme Reformanstrengungen not-

wendig. Die Schaffung echter stabiler demokratischer Strukturen muss im ganzen Land mit Nachdruck fortgesetzt werden. Notwendig ist auch eine umfassende Modernisierung der Wirtschaft. Und nicht zuletzt geht es um die Wiederherstellung der Einheit des Landes.

Wie kann die Europäische Union, wie kann Deutschland die Ukraine dabei unterstützen?

Schockenhoff: Die Europäische Union und auch die einzelnen EU-Länder leisten bereits erhebliche Unterstützung – finanziell, materiell und mit Beratung. Doch angesichts der ständigen Provokationen von russischer Seite müssen wir unsere Anstrengungen verstärken, um die ukrainische Bevölkerung auf ihrem Weg zu einem demokratischen Staat zu unterstützen. Wir müssen die Zusammenarbeit zwischen der EU und der Ukraine zu einer Erfolgsgeschichte machen. Dabei müssen wir den schwierigeren Weg gehen – mit den Mitteln der Softpower und des Völkerrechts gegen russische Destabilisierungsmanöver und gegen den Völkerrechtsbruch.

Die Regionalwahlen, in den umstrittenen Gebieten Donezk und Lugansk, nennt Präsident Petro Poroschenko eine Farce. Wie beurteilen Sie das?

Schockenhoff: Die Wahlen in der Ostukraine sind ein gravierender Verstoß gegen die Minsker Friedensvereinbarung, die zwischen Präsident Putin, Präsident Poroschenko und den Separatisten getroffen wurde. Die Wahlen hätten der Vereinbarung zufolge nach ukrainischem Recht als Kommunalwahlen stattfinden müssen. Das war nicht der Fall. Zudem gab es keine Wählerlisten, d.h. Men-

schen sind mehrfach wählen gegangen oder zum Wählen geschickt worden. Das kann man nur als Farce bezeichnen.

Nach der Einigung zwischen Russland und der Ukraine im Gasstreit, die Günther Oettinger in seinen letzten Amtstagen als EU-Energiekommissar noch vermittelt hat, schienen die Zeichen auf Entspannung zu stehen. Kann man das nach der Regionalwahl noch so sehen?

Schockenhoff: Nein! Die Wahlen in der Ostukraine sind eine weitere, von Russland unterstützte Aktion, um den vereinbarten Waffenstillstand und die Einheit der Ukraine zu sabotieren. Eine derartige Provokation sollte die EU nicht hinnehmen. Alle Überlegungen für eine Lockerung der Sanktionen gegen Russland sind angesichts dieser Ereignisse völlig abwegig. Im Gegenteil sollten weitere Sanktionen in Erwägung gezogen werden. Beispielsweise müsste die Liste der personenbezogenen Sanktionen um diejenigen Personen erweitert werden, die für die Vorbereitung und Durchführung dieser illegalen Wahlen Verantwortung tragen.

Haben wir im Osten bereits einen sogenannten eingefrorenen Konflikt?

Schockenhoff: Nein. Aber es muss mit aller Kraft verhindert werden, dass es dazu kommt: durch die OSZE, durch Gespräche zwischen der ukrainischen Regierung und den Vertretern der Separatisten. Entscheidend aber ist, ob Präsident Putin zu seiner Zusage steht, die Einheit der Ukraine nicht infrage zu stellen und die OSZE in ihren Bemühungen zu unterstützen. Dies tut er bisher leider nicht.

Organisierte Sterbehilfe verbieten

Orientierungsdebatte im Bundestag – Ethisches Thema nicht entlang der Fraktionsgrenzen entscheiden

Kaum eine Frage bewegt die Menschen mehr als die nach dem Ende des Lebens. Die Diskussion über ein Sterben in Würde wird auf vielen gesellschaftlichen Ebenen geführt, nicht zuletzt von der Politik. Dabei geht es auch um Sterbehilfe, die von dubiosen Vereinen angeboten wird. Die CDU/CSU-Fraktion hat bereits in

Menschen sein Geld verdienen können. Die Würde des Menschen bleibt unantastbar – vom Beginn bis zum Ende des Lebens. In der letzten Phase des Lebens ist der Schutz der Menschenwürde besonders bedeutsam, weil Schwäche, Leid und Ausweglosigkeit von skrupellosen Geschäftemachern leicht ausgenutzt werden

medizin und das Hospizwesen flächendeckend ausgebaut werden. Denn es ist bekannt, dass eine gute, professionelle palliative Begleitung den Menschen den Schmerz und auch die Ängste vor dem Sterbeprozess nehmen kann.

Dies ist auch das Ergebnis einer fraktionsoffenen Sitzung der Unions-

fraktion Ende September, in der Mediziner, Kirchenvertreter und Juristen ihre Erfahrungen und Überlegungen vorstellten. Dort berichtete der Palliativmediziner Thomas Sitte, dass er in 99 Prozent der Fälle den schwer kranken Patienten helfen könne. Die allermeisten rückten dann vom Wunsch nach Sterbehilfe ab.

In der Unionsfraktion gibt es gleichwohl unterschiedliche Ansichten in einer weiteren Frage. So vertritt eine Gruppe die Auffassung, dass ein ärztlich assistierter Suizid im Ausnahmefall zugelassen werden solle. Zahlreiche Abgeordnete lehnen dies aber strikt ab. Weil die Entscheidung über ein Verbot so grundsätzlich und so schwierig ist, soll sie nicht entlang der Fraktionsgrenzen fallen. Wie in anderen ethischen Fragen auch werden sich im Bundestag fraktionsübergreifend Gruppen bilden, die ihre Anträge formulieren.

Doch zunächst soll am kommenden Donnerstag eine mehrstündige Orientierungsdebatte geführt werden, in der Abgeordnete aller Fraktionen ihre persönliche Ansicht darstellen können. Für das Frühjahr ist dann eine Anhörung im Bundestag geplant. Mit einer endgültigen Entscheidung wird nicht vor Sommer 2015 gerechnet.



Foto: picture alliance / dpa

Kranke mit Kunsttherapeutin in einem Hospiz

der vergangenen Legislaturperiode einen Anlauf unternommen, das Geschäft mit dem Tod zu verbieten. Nun hat die Union das Thema erneut auf die Tagesordnung gesetzt. Der Bundestag wird in der kommenden Woche eine mehrstündige Orientierungsdebatte dazu führen.

In Deutschland ist der Selbstmord straflos. Deshalb gilt dies auch für die Beihilfe zum Suizid. Verboten ist jedoch die aktive Sterbehilfe. Sterbehilfevereine, die es erst seit einigen Jahren gibt, nutzen eine rechtliche Lücke.

Die Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion sind sich weitgehend einig, dass sie die organisierte Sterbehilfe verbieten wollen. Niemand soll mit dem Leid und der Verzweiflung von

können. Nach Ansicht der Unionsfraktion dürfen keine Türen geöffnet werden, durch die schwache oder verzweifelte Menschen gehen würden oder durch die sie gar gedrängt werden könnten – etwa weil sie das Gefühl haben, der Gesellschaft, den Angehörigen zur Last zu fallen. Diese Auffassung wird auch von Parlamentariern anderer Fraktionen geteilt.

Hospizwesen und Palliativmedizin ausbauen

Einigkeit besteht auch darin, dass man den Menschen am Ende des Lebens bessere medizinische und psychologische Begleitung zur Seite stellen muss. Daher sollen die Palliativ-

Kampf gegen IS braucht „arabisches Gesicht“

Strategien gegen den islamistischen Terror



Foto: Steven Rösler

Andreas Schockenhoff spricht beim Fachgespräch zum islamistischen Terror

Der sogenannte Islamische Staat (IS) ist eine der brutalsten Terrororganisationen unserer Zeit. Entstanden im Irak Anfang des 21. Jahrhunderts und rapide groß geworden während des syrischen Bürgerkriegs ist er längst zu einer Bedrohung der gesamten Region des Nahen und Mittleren Ostens geworden. Wie die internationale Gemeinschaft auf die Bedrohung reagieren sollte, auf welche Strategien und welche Verbündeten sie dabei setzen kann, das diskutierte die CDU/CSU-Fraktion in einem Fachgespräch mit Experten aus Politik und Wissenschaft am Mittwoch in Berlin.

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Andreas Schockenhoff, äußerte die Befürchtung, dass die Ausbreitung des IS kein Problem sei, das sich kurzfristig lösen lasse. Eine Reihe von Fragen warf in dem Zusammenhang der CDU-Abgeordnete Johann Wadephul auf, darunter auch die nach der Anziehungskraft des IS. Nach UN-Informationen haben sich 15.000 ausländische Kämpfer aus 80 verschiedenen Staaten dem Terrornetzwerk angeschlossen.

Schockenhoff nannte den IS ein Paradebeispiel dafür, wie Probleme durch das Versagen der internationalen Gemeinschaft nur noch schlimmer werden können. Er kritisierte sowohl das Zögern der US-Regierung, die Ausbreitung des „Islamischen Staates“

frühzeitig zu unterbinden, als auch die Blockadehaltung Russlands im UN-Sicherheitsrat, als es darum ging, den syrischen Präsidenten Baschar al-Assad in die Schranken zu weisen.

„Strategie der Gleichzeitigkeit“

Auch der Leiter der Abteilung Politik im Verteidigungsministerium, Géza Andreas von Geyr, wies darauf hin, dass die USA lange gezögert haben, bis sie sich zu Luftschlägen gegen den IS entschlossen haben. Von Geyr empfahl der internationalen Gemeinschaft eine „Strategie der Gleichzeitigkeit“, die neben Luftschlägen, Waffenlieferungen und humanitärer Hilfe auch die Kap-pung von Finanzströmen sowie einen politischen Prozess umfassen müsse.

„Der Kern muss eine politische Lösung sein“, betonte auch der Regionalbeauftragte für Nah- und Mittelost und Mahgreb im Auswärtigen Amt, Miguel Berger. So brauche der Irak eine „inklusive Regierung“ unter gleichberechtigter Einbeziehung der Sunniten. Die neue irakische Regierung unter Haider al-Abadi sei hier auf gutem Weg. Entscheidend sei, dass es gelinge, den Kern des IS von der Masse der sunnitischen Mitläufer abzutrennen, sagte Berger.

Außerdem müsse die internationale Gemeinschaft die gemäßigten islamischen Kräfte in Syrien unterstüt-

zen. Präsident Assad, der seit drei Jahren gewaltsam gegen die eigene Bevölkerung vorgehe, momentan aber von den Luftschlägen der internationalen Gemeinschaft gegen den IS profitiere, dürfe nicht der Gewinner der Entwicklung sein.

Kein „gemeinsamer Zeichensatz“ mit zivilisierter Welt

Walter Posch von der Stiftung Wissenschaft und Politik, der sich ebenfalls für einen umfassenden Lösungsansatz aussprach, äußerte die Befürchtung, dass der Kampf gegen den IS – wie so oft – in einer Militärstrategie steckenbleibe. Von Geyr wies allerdings auf die Schwierigkeit hin, wie mit dem „Islamischen Staat“ jemals ein politischer Dialog angestoßen werden solle. Die Terrororganisation sei derart brutal, dass „kein gemeinsamer Zeichensatz“ mit der zivilisierten Welt existiere.

Von Geyr und Berger waren sich einig in der Einschätzung, dass die Koalition gegen den IS ein „arabisches Gesicht“ haben müsse. Der Westen dürfe nicht im Mittelpunkt des Kampfes gegen die Terrororganisation stehen. Dieser müsse vielmehr getragen werden von den Ländern der Region. So seien etwa Jordanien, Ägypten und die Golfstaaten bereit, sich militärisch zu engagieren, sagte Berger. Auch der Iran müsse Teil der Lösung sein.

Beziehungen mit Japan intensivieren

Kauder zieht Bilanz seiner Japan-Reise – Studentenaustausch fördern

Japan hat es Volker Kauder angetan. Bereits zum fünften Mal innerhalb von fünf Jahren besuchte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vergangene Woche Nippon. Obwohl die bilateralen Beziehungen in den vergangenen Jahren intensiviert wurden, sieht Kauder Luft nach oben. „Japan hat ein großes Interesse an einer engen Partnerschaft mit Deutschland. Deutschland sollte dieses Interesse erwidern“, erklärte er zum Abschluss seiner Reise.

in der Beurteilung der internationalen Krisen fest. So teile die Regierung Abe die Haltung Europas, dass die Verletzung der Souveränität der Ukraine von Seiten Russlands nicht hingenommen werden kann. „Wir sind dankbar, dass Japan auch die Position mitträgt, die Mitgliedschaft Russlands im Kreis der G8-Staaten vorläufig auszusetzen. Das ist nicht selbstverständlich.“

Deutlich wurde auf der Reise auch, wo Deutschland ansetzen muss, um die bilateralen Beziehungen mit Japan

deutschen Wirtschaft ist Japan mittlerweile wieder zu einem guten Standort für Investitionen geworden. Die Produktionskosten seien inzwischen auch im Vergleich mit Indien attraktiv. Der Markt in Japan sei ohnehin riesig. Das Land habe hervorragende Ingenieure. Kurz: Es sei mit Sicherheit falsch, nur auf China zu setzen.

„Es ist eine neue Zeit angebrochen“, meinte einer der Wirtschaftsvertreter in Tokio. Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende will sich dafür ein-



Foto: Ulrich Scharfack

Kauder hält Tischrede beim Treffen mit Wissenschaftlern, Diplomaten und Unternehmern in Osaka

Mit von der Partie waren der Erste Parlamentarische Geschäftsführer Michael Grosse-Brömer, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Andreas Schockenhoff und die umweltpolitische Sprecherin Marie-Luise Dött. Die Delegation führte Gespräche mit ranghohen Politikern sowie Vertretern von Wirtschaft und Wissenschaft. Nach seiner Unterredung mit dem japanischen Premierminister Shinzo Abe stellte Kauder fest: „Das Potenzial der Beziehungen ist bei weitem noch nicht ausgeschöpft.“

Internationale Krisen übereinstimmend beurteilt

Bei den politischen Konsultationen in Tokio stellte der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende große Übereinstimmung

weiter zu verbessern. So studierten noch zu wenige japanische Studenten in Deutschland, und umgekehrt besuchten zu wenige deutsche Studenten – zumindest für eine gewisse Zeit – eine Universität in Japan, meinte Kauder. Persönlich wolle er sich dafür einsetzen, dass das deutsch-japanische Forum neuen Schwung erhält. „Es ist eine wichtige Plattform für die Beziehungen.“

Wirtschaftskontakte ausbauen

Kauder äußerte die Hoffnung, dass das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Japan bald zu einem Abschluss gebracht werde. Doch auch jenseits eines Freihandelsabkommens gibt es eine Basis für die Intensivierung der Wirtschaftskontakte. Nach Darstellung von Vertretern der

setzen, dass diese Botschaft auch in Deutschland gehört wird. Dass Japan in Deutschland unterbewertet wird, diese Erkenntnis treibt Kauder, der bereits viele Länder Asiens bereist hat, schon seit einiger Zeit um. An die wirtschaftlichen Schwergewichte Bosch, Siemens und Thyssen richtet er den Appell, die Mittelständler an die Hand zu nehmen, damit auch diese sich in Japan engagieren.

Neben ihren Gesprächen mit Vertretern von Politik und Wirtschaft besuchte die Fraktionsdelegation unter anderem die Gedenkstätte für die Opfer des ersten Atombombenabwurfs in Hiroshima, wo sie einen Kranz niederlegte. An der Universität in Kobe hielt Kauder einen Vortrag über die aktuellen Herausforderungen in der Außenpolitik.

#wowarstdu

Twitter-Aktion zu 25 Jahren Mauerfall

Am 9. November vor 25 Jahren fiel die Berliner Mauer und ein neues Kapitel deutscher Geschichte begann – die Wiedervereinigung. Dem historischen Ereignis hat der Bundestag am Freitag eine besondere Debatte gewidmet, mit musikalischer Einlage des Liedermachers und ehemaligen DDR-Bürgerrechtlers Wolf Biermann. Die CDU/CSU-Fraktion startete aus diesem Anlass die Aktion #wowarstdu auf Twitter. Darin bittet sie ihre Follower, von ihrem persönlichen Erlebnis zum Mauerfall 1989 zu berichten.

Viele Follower, darunter auch Abgeordnete der Fraktion, haben bereits dazu getwittert – etwa Peter Tauber, Sven Volmering und Jan-Marco Luczak. Michael Grosse-Brömer, Manfred Grund, Michael Kretschmer und Dagmar Wöhl schildern per Video ihre Erlebnisse. Diese Videos finden Sie auf der Fraktionssonderseite zum Jubiläum.

Eine der Top-Mauerfall-Geschichten kommt übrigens von Franz Josef Jung. Er war am 9. November 1989 mit einer Delegation aus Hessen zu Besuch in Ost-Berlin und traf sich dort mit Lothar de Maizière, der damals als Rechtsanwalt NVA-Wehrdienstverweigerer beim Obersten Gericht der DDR verteidigte. Nur wenige Stunden, nachdem diese Aufnahme entstand, strömten die ersten Menschen über die Berliner Grenzübergänge Richtung Westen.

Sie haben genau wie Franz Josef Jung eine tolle Mauerfall-Story und Fotos dazu? Gern per Mail an onlinekommunikation@cducsu.de. Auch bei #wowarstdu können Sie noch mitmachen. Alle Tweets werden in einer Übersicht zusammengefasst, die auf der Sonderseite zum Mauerfall erscheint.



Fraktion direkt bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducsu.de/newsletter abonnieren.

Termine www.cducsu.de/veranstaltungen

- 12. November 2014 Energiepolitischer Dialog
- 24. November 2014 Bund-Länder-Klausurtagung zur Behindertenpolitik
- 25. November 2014 Fachgespräch zum Bundesteilhabegesetz
- 26. November 2014 PKM-Forum Mittelstand zum Einzelhandel
- 26. November 2014 Fraktionsoffene Sitzung Erdgasförderung



Foto: Franz Josef Jung

Franz Josef Jung und Lothar de Maizière kurz vor dem Fall der Mauer

<p>Die CDU/CSU-Fraktion im Internet www.cducsu.de Der Blog der CDU/CSU-Fraktion blogfraktion.de Fraktion direkt www.cducsu.de/fd</p>	<p> www.facebook.com/cducsubundestagsfraktion</p>	<p> www.youtube.com/cducsu</p>	<p> twitter.com/cducsu</p>
---	--	---	--